

17.06.2014

Antrag

der Fraktion der CDU

Nach dem Orkan „Ela“ – Jetzt die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht allein lassen

I. Sachverhalt:

Am Abend des 9. Juni wurden Teile des Rheinlands und des Ruhrgebiets von einem der stärksten Orkane der jüngeren Zeit heimgesucht. Mit Spitzengeschwindigkeiten von über 140 km/h wehte der Sturm „Ela“ durch das Land und hinterließ eine Schneise der Verwüstung. Sechs Menschen kamen ums Leben, über 60 wurden, zum Teil schwer, verletzt. Hunderte saßen in Zügen oder ihren Autos mitunter stundenlang fest. Der öffentliche Personenverkehr brach für Tage zusammen, Schulen waren tagelang geschlossen.

Nach Angaben der Deutschen Bahn waren die Schäden mit 1.500 km nicht mehr passierbaren Gleisen und über 60 Kilometern zerstörten Oberleitungen schlimmer als die Bahnschäden nach dem Jahrhundertsturm Kyrill. Einer der größten deutschen Bahnhöfe, der Hauptbahnhof von Essen, sowie die Stationen in Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und anderswo waren auch Tage nach der Katastrophe noch nicht wieder erreichbar. Ebenso waren die Oberleitungen von Straßenbahnen sowie Straßenbeleuchtungen und weitere Einrichtungen der Verkehrsinfrastruktur in vielen Städten zerstört.

Über 80.000 Straßenbäume wurde beschädigt oder vernichtet, davon allein 20.000 in der Landeshauptstadt Düsseldorf. 80 Prozent aller Getreidefelder der betroffenen Gebiete wurden beschädigt.

Der Landtag dankt allen Einsatzkräften von Feuerwehr und Polizei, dem Technischen Hilfswerk, den verschiedenen Hilfsorganisationen und der Bundeswehr sowie tausenden von freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in einer riesigen Kraftanstrengung dazu beigetragen haben, die Auswirkungen des Orkans zu minimieren und Schäden zu beseitigen.

Datum des Originals: 17.06.2014/Ausgegeben: 18.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Nachdem die Aufräumarbeiten in den vergangenen Tagen vorangegangen sind und das öffentliche Leben Stück für Stück zur Normalität zurückkehrt, ist es nun an der Zeit, die Schäden zu bilanzieren und einen Plan für deren Beseitigung zu erarbeiten. Dabei dürfen die Kommunen vom Land nicht allein gelassen werden.

II. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Paket von Sofortmaßnahmen zu erlassen, das unter anderem folgende Punkte enthalten soll:

1. Der Innenminister erstellt unverzüglich eine erste Schadensbilanz, die die aufgetretenen Schäden im öffentlichen Raum quantifiziert und darstellt, welche dieser Schäden durch Versicherungen abgedeckt sind und welche von den Kommunen allein getragen werden müssen. Er schafft ein einheitliches Stabsführungssystem an, das eine präzise Schaden- und Einsatzlage im Land und seinen Kommunen abbildet. In Haushaltssicherungskommunen findet die besondere Belastungslage bei der weiteren Finanzplanung Berücksichtigung.
2. Die Europaministerin prüft gemeinsam mit der Bundesregierung die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Europäischen Solidaritätsfonds zur Beseitigung der Schäden im öffentlichen Raum.
3. Der Umweltminister erarbeitet ein Programm zum Ersatz der zehntausenden zerstörten Straßenbäume in den betroffenen Kommunen.
4. Die Schulministerin, der Innenminister und die Staatskanzlei prüfen die Beteiligung an der Wiederherstellung beschädigter Schulgebäude über Versicherungsleistungen hinaus.
5. Der Verkehrsminister erarbeitet ein Programm zur Beteiligung an den Kosten der Wiederherstellung der ÖPNV-Infrastruktur.
6. Das Landeskabinett beschließt analog zu den Hilfen nach Kyrill ein Sofortprogramm für die betroffenen Kommunen.
7. Der Finanzminister setzt sich beim Bund für eine Erweiterung der Zweckbindung des nationalen Fonds „Aufbauhilfe“ (Fluthilfefonds) für nationale Katastrophen wie ELA ein. Hierdurch können die im Fonds zur Verfügung stehenden Mittel von 8 Mrd. Euro aufgrund des bislang geringen Mittelabrufs für die Schadensbeseitigung genutzt werden.

8. Die Ministerpräsidentin gibt in der kommenden Plenarwoche eine Regierungserklärung zu den beabsichtigten Hilfsmaßnahmen ab.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Dr. Anette Bunse
Christian Haardt
Wilhelm Hausmann
Heiko Hendriks
Josef Hovenjürgen
Thomas Kufen
Claudia Middendorf
Norbert Post
Peter Preuß
Winfried Schittges
Petra Vogt

und Fraktion